

# Rathaus-Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

montag, 15. dezember 1969

blatt 3630

## sonderschau im leopoldstaedter heimatmuseum

5 wien, 15.12. (rk) im leopoldstaedter heimatmuseum  
2, karmelitergasse 9, bereitet man gegenwaertig eine ausstellung vor, die samstag, den 20. dezember, eroeffnet werden wird. ihr erster teil umfasst eine muenz- und medaillenausstellung der oesterreichischen numismatischen gesellschaft, die in vier vitrinen untergebracht ist und unter anderem muenzen aus der roemischen republik und kaiserzeit, eine auswahl von wiener pfennigen sowie medaillen mit den verschiedensten praegungen zeigt. so werden etwa gepraege auf die siegreiche abwehr der tuerkenbelagerungen wiens ebenso zu sehen sein, wie kroenungs- und huldigungsjetons und erinnerungsmedaillen fuer wiener buergermeister, schauspieler und andere persoenlichkeiten.

der zweite teil beschaeftigte sich mit dem tuerkenjahr 1683. in einem 55 x 220 zentimeter grossen diorama sind insgesamt 580 zinnfiguren zu sehen, die den kampf der tuerken in der taborstrasse darstellen. tuerkische geschuetzstellungen, halbe und ganze karthausen, ein gefechtsbeobachtungsstand, spital und kirche der barmherzigen brueder sowie die kirche und das kloster der karmeliter sind naturgetreu nachgebildet. darueber hinaus gibt es aber auch noch originalexponate aus jenen tagen, zum teil leihgaben des historischen museum und des heeresgeschichtlichen museums, zu sehen.

die sonderschau bleibt bis 31. jaenner 1970 geoeffnet und ist jeweils mittwoch von 17-19 uhr, samstag von 14,30 bis 17 uhr und sonntag von 9 bis 12 uhr zugaenglich.

0900

1970 ein Leitbild für Wien  
=====4. Tag Budgetdebatte, 1. Referat

Verwaltungsgruppe VI, Planung.

Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann (SPÖ)

Einnahmen 193.000 Schilling, Ausgaben 25,492.000 Schilling.

Wien, 15. 12. (RK) Stadtrat Hofmann stellte sich zunächst als zweifacher "Debutant" vor: Es sei sein erstes Budget als Stadtrat und dies zu einer Geschäftsgruppe, die es erst seit der Neueinteilung der Geschäftseinteilung im Frühjahr 1969 gebe. Obwohl die Aufwendungen der Geschäftsgruppe Planung nur einen Promillesatz des Gesamtbudgets umfassen, entspreche es doch ihrer Aufgabenstellung, einschneidend und konzeptiv die Voranschläge der folgenden Jahre oder Jahrzehnte maßgeblich zu beeinflussen. Denn Raumordnung und Wirtschaftsentwicklung seien Aufgaben von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung der Gesellschaft schlechthin. Die Aktivitäten Wiens beeinflussten zudem nicht nur die gesamte Stadtregion, sondern weite Teile Ost-Österreichs. Die wirtschaftlichen Chancen Wiens könnten aber nur durch eine optimale Raumordnungspolitik zum Tragen kommen, die wiederum Ergänzungen der Finanz-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik bedürfe.

Die früheren Vorstellungen, daß die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt lediglich durch Vorschriften und Verbote gelenkt werden könne, sei heutzutage ebenso überholt wie der Versuch, die räumliche Entwicklung lediglich durch Regulierungsmaßnahmen zu lenken. Daher lenke die Wiener Stadtverwaltung schon längst selbst die Entwicklung durch Investitionen, Erschließungen, Verkehrsausbau, Erhöhung des Energieangebotes, Verbesserung der Infrastruktur, durch Wirtschaftsförderungen und nicht zuletzt durch eine bewußte Steuer- und Abgabepolitik in maßgeblicher Weise.

Hofmann erinnerte in diesem Zusammenhang an die großen Leistungen früherer Generationen, die ebenso großzügig geplant hätten: Dazu gehörten der Bau der Ringstraße, die große Stadterweiterung, oder die Donauregulierung

und die Wasserversorgung. Auch die Ergebnisse der Wiederaufbau-  
enquete 1946 habe überaus wertvolle Erkenntnisse gebracht.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Wiener Gemeinderates in  
dieser Legislaturperiode werde es gehören, die städtebaulichen  
und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen für Wiens weitere  
Entwicklungen neu zu formulieren. Er werde daher im Laufe des  
kommenden Jahres ein räumliches Leitbild für Wien, ein Ver-  
kehrskonzept und schließlich die Leitlinien zur wirtschaftlichen  
Entwicklung Wiens vorlegen, kündigte Hofmann an.

Im Verlauf der Budgetdebatte sei wieder die Forderung  
nach einem Generalverkehrsplan erhoben worden. Es sei jedoch  
die Annahme falsch, eine einmalige Festlegung für ein Ausbau-  
konzept des öffentlichen und Individualverkehrs könne auf zwei  
oder drei Jahrzehnte gültig sein. Allein die Entwicklung der  
letzten zehn Jahre zeige, wie sehr Anforderungen, Voraussetzungen  
und Möglichkeiten für das Straßennetz erster Ordnung geändert  
worden seien. So habe allein das Projekt des internationalen  
Behördenzentrums beim Donaupark bedeutsame Rückwirkungen auf  
das gesamte Wiener Verkehrsnetz.

Das Verkehrskonzept werde selbstverständlich außer den  
Netzen des öffentlichen und Individualverkehrs auch Vorschläge  
zur Situierung von Parkgaragen und Fußgeherzonen enthalten. Eben-  
so werde es die Probleme des Autobahnnetzes, des Eisenbahn-,  
Flug- und Schiffsverkehrs aufzeigen.

Ausführlich beschäftigte sich Stadtrat Hofmann dann mit den  
Aufgaben der für die wirtschaftliche Entwicklung zuständigen  
Magistratsabteilung 22. Sofort nach Fertigstellung des Gutachtens  
von Prof. Jürgensen aus Hamburg über die wirtschaftlichen Ent-  
wicklungsmöglichkeiten und Entwicklungsziele würden die Leitlinien  
zur wirtschaftlichen Entwicklung Wiens ausgearbeitet. Schon jetzt  
könne jedoch gesagt werden, daß die Untersuchungen Jürgensens die  
bisherigen städtebaulichen Zielsetzungen Wiens bestätigt hätten.

Der Planungsstadtrat skizzierte dann ein Bild der derzeitigen  
Wiener Wirtschaftssituation: Wien stelle 23 Prozent der Öster-  
reicher und 26 Prozent der Beschäftigten, von denen 30 Prozent  
des gesamten österreichischen Bruttonationalproduktes erarbeitet  
werde. Das Wiener Durchschnittseinkommen liege 20 Prozent über dem  
Bundesdurchschnitt. Zudem weise die Wiener Wirtschaft in den  
einzelnen Sektoren eine relativ günstige Struktur auf: Im Primär-  
sektor, also der Landwirtschaft, Energieerzeugung und dem Bergbau  
betätigten nur zwei Prozent der Beschäftigten, im österreichischen ar-

Durchschnitt 13 Prozent. Im Sekundärsektor, also der Produktion, mache der Anteil der Beschäftigten 43 Prozent und schließlich im Tertiärgewerbe, also im Dienstleistungssektor, rund 55 Prozent aus.

Freilich dürften zahlreiche Strukturschwächen Wiens nicht übersehen werden, die mit Hilfe mittel-, bis langfristiger Planungsmaßnahmen überwunden werden müßten:

Problem Nummer 1 sei das Zurückbleiben des Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren. Während von 1960 bis 1965 das Bruttonationalprodukt Österreichs real um rund 21 Prozent gestiegen sei, habe Wiens Zuwachs nur knapp 13 Prozent ausgemacht. Diese Entwicklung sei, wie das Beispiel zahlreicher ausländischer Großstädte zeige, für die moderne Industriewirtschaft typisch. Weil das Wachstum in den Entwicklungsgebieten eben erheblich rascher zunehme als in Ballungsräumen, die schon einen hohen Entwicklungsstand aufzuweisen hätten.

Problem Nummer 2 sei die unterdurchschnittliche Betriebsgröße der Wiener Unternehmen. Während die Industriebetriebe in den anderen Bundesländern durchschnittlich 130 Arbeitskräfte beschäftigten, seien es in Wien nur etwa 100.

Problem Nummer 3: Wien sei von seinen natürlichen Handelspartnern und früheren Zuwanderergebieten abgeschnitten und müsse bei der Belieferung des westeuropäischen Marktes höhere Transportkosten tragen.

Problem Nummer 4 sei die bekannt ungünstige Altersstruktur der Wiener Bevölkerung und

Problem Nummer 5 sei schließlich die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Wien weise zwar eine unterdurchschnittliche Arbeitslosenrate auf, doch sei dies auch ein Beweis dafür, daß die Stadt so gut wie keine Arbeitskräftereserven besitze.

Es müßten daher Taten gesetzt werden, sollen die Strukturschwächen **ausgemerzt** werden, erklärte Hofmann: Um die Arbeitskräftereserven im Umland besser ausschöpfen zu können, müsse der Regionalverkehr verbessert, müsse eine wachstumsorientierte Investitionsförderung betrieben werden, mit der freilich bereits begonnen worden sei. Zahlreiche Betriebe, die im dichtverbauten Gebiet keine Erweiterungsmöglichkeiten mehr haben, müßten günstige Möglichkeiten zur Übersiedlung an den Stadtrand vorfinden.

Bevor durch die rechtskräftige Festlegung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen irgend eine der verschiedenen Entwicklungsvarianten eingeleitet werden könne, müsse man den materiellen Aufwand und die dafür notwendige Zeit erfassen. Die dreidimensionale Planung müsse daher um zwei weitere Dimensionen, nämlich die Kosten und die Zeit ergänzt werden.

Als Beispiel führte Stadtrat Hofmann eine Untersuchung für die Kostenberechnung der Stadtentwicklung im 23. Bezirk einschließlich des Gebietes für die Stadterweiterung Süd an, für die im kommenden Jahr ein städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben werden soll.

In diesen Gebieten könnten bis 1985 Wohnungen für zusätzlich 110.000 Einwohner und Arbeitsplätze für 30.000 Menschen geschaffen werden. Die Kosten dafür seien einschließlich der Schaffung der notwendigen Infrastruktur mit 37 Milliarden Schilling errechnet worden. Dieser schockierende Betrag verliere jedoch bei genauer Betrachtung seinen Schrecken: Denn für den Wohnungsbau dessen Folgeeinrichtungen sowie für die Betriebsansiedlungen machten die öffentlichen und privaten Investitionen nicht weniger als 26 Milliarden Schilling aus. Diese Kosten müssen auf jeden Fall aufgebracht werden, wenn der Ausbau der Stadt planmäßig weitergehen soll, und es sei dabei gleichgültig, um welchen Stadtteil es sich handle. Anders sei es mit den elf Milliarden, die für den Grunderwerb sowie die innere und äußere Aufschließung aufgebracht werden müßten. Beim Beispiel Liesing entfielen etwa acht Milliarden für den Grunderwerb und die innere Aufschließung. In anderen Entwicklungsgebieten wären voraussichtlich diese Kosten etwa gleich hoch, während sie in Gebieten, die im Zuge der Stadterneuerung erst umgebaut werden müßten, erheblich höher wären. Die echten Kosten für die Stadterweiterung im Raum Liesing seien also mit rund drei Milliarden Schilling zu beziffern und entfallen auf Großanlagen, wie die U-Bahn, neue Schnellstraßenbahnen, das übergeordnete Straßennetz oder neue Hauptsammelkanäle.

Derzeit würden derartige Berechnungen auch für den 22. Bezirk angestellt. Denn eine endgültige Entscheidung in welchem Teil Wiens die Entwicklung am zweckmäßigsten voranzutreiben sei, könne erst getroffen werden, wenn alle in Frage kommenden Gebiete untersucht worden seien.

Ausführlich ging Hofmann auch auf das Problem der Stadterneuerung ein: Die Randwanderung von Menschen und Getrieben sei die Voraussetzung für eine tiefgreifende Erneuerung der dichtgebauten Kernzone

Diese Zonen dürfe man jedoch nicht sich selbst überlassen, weil ansonsten die Gefahr bestehe, daß sie zu biologisch und wirtschaftlich gefährdeten Gebieten Wiens absinken würden. Diese Gebiete müssen daher so umgestaltet werden, daß ihre Attraktivität neu belebt werde. Dies sei auch der Grund, warum Wien ständig nach einem Assanierungsgesetz verlange.

Die völlige Neubearbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für die dichtverbauten Gebiete Wiens sei bereits im Gange und soll 1970/71 abgeschlossen werden. Dabei müsse die bisherige Widmung "gemischtes Baugebiet" durch eindeutige Festlegungen wie Wohngebiet, Betriebsbaugebiet oder Geschäftsviertel ersetzt werden. Auf Grund zahlreicher Bestandsaufnahmen sollten jedoch nicht nur Vorschläge zur "Neuregulierung" sondern auch solche zur Umgestaltung der Kerngebiete vorgelegt werden. Schon jetzt gäbe es eine grobe Kategorisierung der Altbaugebiete in Schutzzonen, Ausbaugebiete, Umbaugebiete und Erneuerungsgebiete.

Die Schutzzonen seien jene Stadtteile, in denen die Erhaltung historisch wertvoller Bausubstanz den Vorrang vor allen anderen Überlegungen haben müsse. Ausbaugebiete wären jene Teile, in denen die städtebanliche Struktur die Bebauung der einzelnen Grundstücke für sich allein zulasse. Umbaugebiete seien jene, in denen infolge einer ungünstigen Struktur eine Baulückenverbauung abgelehnt werden müsse, in denen aber der Umbau von Altobjekten wirtschaftlich und wohnkulturell vertretbar sei.

Schließlich seien alle jene Stadtteile Erneuerungsgebiete, in denen die Bausubstanz schlecht sei oder nicht reparable Struktur mangel den ehesten Abbruch erfordern und eine Neubebauung die zweckmäßigste Lösung sei.

Ein besonders Problem sei dabei die City, also der Kernbereich Wiens und der gesamten Stadtregion, in dem die zentralen Funktionen für die ganze Region situiert seien. Spezielle Untersuchungen in den nächsten beiden Jahren sollten die Möglichkeiten aufzeigen, wie diese zentrale Funktion des Kerngebietes bewahrt werden könne. Als bedeutsame Aufgabe seiner Geschäftsgruppe nannte Hofmann zudem Wiens Stellungnahme zum Raumordnungskonzept des Bundes und die Mitarbeit in der Planungsgemeinschaft Wien - Niederösterreich.

Im kommenden Jahr stünden der Stadtplanung für die Vergabe von Arbeiten 15 Millionen Schilling zur Verfügung, was einer Verdoppelung seit dem Jahr 1968 entspreche. Für Arbeiten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Planung seien sieben Millionen Schilling vorgesehen. Außerdem werde durch das neugeschaffene Institut für Stadtforschung die Möglichkeit bestehen, das in Wien vorhandene geistige und wissenschaftliche Potential in den Dienst der Entwicklung Wiens zu stellen.

- - -

Wohnbau hat Vorrang  
=====4. Tag Budgetdebatte, 2. Referat

Verwaltungsgruppe VII, Hochbau

Referent Stadtrat Hubert Pfösch (SPÖ)

Einnahmen 362,499.900 Schilling, Ausgaben 1.506,267.400 Schilling.

Wien, 15. 12. (RK) In seiner Budgetrede stellte Hochbaustadtrat Hubert Pfösch fest, daß dem Wohnhausbau nach wie vor Vorrang eingeräumt wird. Dies aus der Verpflichtung heraus, vor allem den jungen Ehepaaren moderne, familiengerechte Wohnungen zu erschwinglichen Bedingungen bereitstellen zu können. Trotz intensiver Bautätigkeit gibt es in Wien nämlich immer noch 300.000 Wohnungen, die den Anforderungen der heutigen Zeit nicht entsprechen.

Wohl ermöglicht das Montagebauverfahren in einer Bauzeit von bloß zehn Monaten Wohnobjekte zu errichten, aber das Fehlen eines wirksamen Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes, das von der Bundesregierung beschlossen werden müßte, wirkt außerordentlich verzögernd.

Für den Weiterbau der bisher begonnenen Wohnhausbauten sowie für den Neubeginn von 5.000 Wohnungen werden 1970 etwa 1,2 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Auf den Baustellen der Stadt sind mehr als 8.000 Arbeiter beschäftigt; dieser Stand wird auch während der sogenannten toten Saison im Winter durch Aufstellen von Thermoblocs oder Gas-Warmluftgeräten gehalten werden.

Aus der Arbeit der Architekten-Abteilung: Mit der Vorbereitung eines U-Bahn-Wettbewerbes wurde eine Gruppe namhafter Architekten und Designer beauftragt. Ziel dieses Wettbewerbes ist es, verschiedene Prototypen von Stationen - eine Röhrenstation, eine Station in offener Bauweise, den Umbau einer bestehenden Otto Wagner-Station und eine Hochstation - zu entwerfen.

Im Zuge des Neubaus des Allgemeinen Krankenhauses ist derzeit die dreigeschossige Tiefgarage für rund 2.350 Pkw, einer Tunnel-einfahrt vom äußeren Gürtel und einer Tunnelausfahrt in die Borschkegasse mit einem Kostenaufwand von 323 Millionen Schilling in Arbeit.

Mit dem Baubeginn des Hauptbaukörpers ist 1971 zu rechnen. Die gesamte Anlage des Neubaus wird Raum für 2.500 Betten bieten.

Auf der Baustelle der Krankenanstalt Rudolfstiftung wird gegenwärtig im zwölften Obergeschoß des 16stöckigen Bettenhochbaues gearbeitet, mit dessen Fertigstellung 1974 zu rechnen ist.

In Vorbereitung sind das "Altersheim Süd in Atzgersdorf" mit 20 Krankenstationen, die 1.000 Betten enthalten werden, und das "Altersheim und Krankenhaus Ost" (Sozialmedizinisches Zentrum) im 22. Bezirk.

Nach Fertigstellung des Blumengroßmarktes wird 1970 mit der Errichtung des Gleisanschlusses begonnen. Als letztes Bauvorhaben ist der Neubau eines Restaurationsgebäudes und eines Amtsgebäudes vorgesehen.

Mit der Errichtung des Fleischgroßmarktes St. Marx wurde bereits begonnen. Der Rohbau des Fleischmarktes und des Kühlhauses in Fertigbauweise wird im Frühjahr 1970 fertig sein, im Frühjahr 1971 soll bereits der Fleischgroßmarkt vom Hauptzollamt nach St. Marx verlegt werden.

Mit dem Neubau des Hallenstadions (Radrennbahn) in der Engerthstraße wird gleichfalls im Frühjahr 1970 begonnen. Die Bauzeit beträgt voraussichtlich drei Jahre, die geschätzten Gesamtkosten 68 Millionen Schilling.

150 Millionen Schilling wird das Sportzentrum West, 14, Deutschordenstraße, kosten; für das Budgetjahr 1970 ist eine Baurate von zehn Millionen Schilling vorgesehen.

Für acht neue Schulbauten und die Weiterführung von 21 bereits begonnenen Bauten stehen über 120 Millionen Schilling bereit.

Für die heuer gegründete "Heizbetriebe Wien Ges.m.b.H." sind 250 Millionen Schilling vorgesehen, weitere 120 Millionen werden auf dem privaten Kapitalmarkt beschafft. Zur Zeit werden Spitäler, Schulen, Amtshäuser und andere Bauten mit einem Wärmeanschluß von rund 500 Giga-Kalorien pro Stunde beliefert (eine Giga-Kalorie pro Stunde reicht zur Wärmeversorgung von rund 160 Wohnungen).

Darüber hinaus werden 22.000 fertiggestellte Wohnungen zentralbeheizt. Derzeit sind 42 Heizzentralen im sozialen Wohnhausbau in Betrieb und weitere 14 in Bau. Ende 1970 werden rund 30.000 und Ende 1971 zirka 39.000 Wohnungen fernwärmeversorgt sein.

Technisches Neuland wurde durch den Ausbau des provisorischen Heilbades Ober-Laa beschritten. Hier wird die Thermalwärme der Schwefelquelle mittels Wärmetransformationseinheiten für Heizzwecke ausgewertet. Das ergab im November 1969 eine Wärmemenge im Wert von rund 24.000 Schilling.

Die städtische Bäderverwaltung sieht für 1970 Einnahmen von 38,5 Millionen Schilling und Ausgaben in der Höhe von 146,5 Millionen vor. Zur Verwirklichung des Bäderkonzepts sind 54,9 Millionen bereitgestellt. Sie dienen zur Fortsetzung der Bauarbeiten am Dianabad, am Ottakringer Bad, Schafbergbad, Liesinger Bad, für Erneuerungsarbeiten im Jörger- und Amalienbad sowie für den Neubau eines Kinderfreibades in der Donaustadt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

- - -

## wilhelm wacek zum gedenken

6 wien, 15.12. (rk) auf den 17. dezember faellt der 25. todestag des komponisten wilhelm w a c e k , er wurde am 28. oktober 1864 als sohn eines lehrers und kirchenchorleiters in sobieslau, boehmen, geboren, besuchte das konservatorium in prag und wirkte zunaechst als sologeiger in einem orchester. 1894 uebernahm er als direktor nachfolger carl michael ziehrers in iglau die musikalische leitung der kapelle des infanterie-regiments hoch- und deutschmeister nr. 4. er verstand es, im rahmen eines umfangreichen programms, das walzer, polkas, maersche, opernphantasien, ouverturen und selbst symphonische werke umfasst, das hohe niveau der beruehmten kapelle aufrecht zu erhalten. einen seiner groessten erfolge errang wacek mit der deutschmeister-kapelle auf einer suedamerikatournee, die 1910 im anschluss an die weltausstellung von buenos aires stattfand. in wien war wilhelm wacek so populaer, dass seine konzerte wahre volksfeste wurden. diese fanden u. a. im volksgarten oder im dritten kaffeehaus im prater statt. auch bei hofbaellen, bei den rathausbaellen, den grossen redouten durfte wacek mit seiner kapelle nicht fehlen. wacek stand volle 25 jahre an der spitze der deutschmeister-kapelle, deren letzter aktiver kapellmeister er war. die anerkennung seines wirkens fand in zahlreichen auszeichnungen des in- und auslandes ihren niederschlag. so erhielt er u.a. das ritterkreuz des franz joseph-ordens, die ehrenmuenze der stadt wien und die nicolai-medaille der wiener philharmoniker. seine eigenen kompositionen gehoerten vor allem der unterhaltungsmusik an. besonders bekannt wurden der ''krupp-marsch'', der ''oberst von dueckelmann-marsch'', der ''freiherr von kirchbach-marsch'' sowie die walzer ''buengerweisen'', ''sonnenstrahlen'', ''rosenblaetter''.

## auslandsstimmen ueber wien

2 wien, 15.12. (rk) um einen allgemeinen ueberblick zu bieten, welches bild sich das ausland ueber wien macht und wie weit die oeffentlichkeitsarbeit der stadtverwaltung in die nachbarlaender, ja bis uebersee, reicht und welches echo sie dort findet, bringt der presse- und informationsdienst ab dezember einen auslandspressespiegel mit dem titel ''wien im spiegel'' heraus.

die erste nummer bringt berichte - teils im original, teils in uebersetzung - aus deutschland, der schweiz, tschechoslowakei, jugoslawien, ungar, aus canada und vielen teilen der usa, wobei jeweils die titel der artikel in der originalsprache unveraendert uebernommen wurden. ''wien im spiegel'' soll einmal im monat erscheinen.

heuer wurde die oeffentlichkeitsarbeit der stadt wien auch im ausland stark aktiviert. die kontakte mit den in wien akkreditierten korrespondenten wurden noch enger gestaltet und ihre betreuung intensiviert. ausserdem bedient sich der presse- und informationsdienst seit dem fruehjahr 1969 gut eingefuehrter pr-agenturen, um die basis der nachrichten-streuung zu vergroessern und alle massenmedien unmittelbar zu erfassen.

aus den usa hat die seit april 1969 fuer die pr-arbeit eingesetzte agentur rund 155 presseberichte mit 15.340 zeilen und illustrierendem bildmaterial bis ende november in form von zeitungsausschnitten im original vorgelegt, die in der mehrzahl auf den aussendungen der wiener stadtverwaltung basieren. da die zeitungsausschnittebueros - besonders in den usa - erfahrungsgemaess nur einen geringen prozentsatz der tatsaechlich erschienenen berichte erfassen, ist ein zahlenmaessig viel umfangreicheres artikelmaterial anzunehmen.

bei den als ausschnitte vorliegenden berichten handelt es sich hauptsaechlich um solche, die in den groessten amerikanischen tageszeitungen und magazinen einen leserkreis von

vielen millionen menschen angesprochen haben, und zwar auch ueber solche themen, die ohne gelenkte streuung niemals haetten bei den zeitungen untergebracht werden koennen. auch die agentur, die fuer die betreuung der oststaaten eingesetzt wurde und die ihren sitz in wien hat, brachte, obwohl sie ihre arbeit erst im august begonnen hatte, bereits schoene erfolge.

0906

#### experimentelle atelierschau

4 wien, 15.12. (rk) von einer neuen art der moeglichkeit, kontakte zwischen kuenstlern und publikum herzustellen, konnte sich samstag abend vizebuergemeister gertrude s a n d n e r beim besuch einer atelierschau in den raeumen eines foto-ateliers in der alser strasse 23 ueberzeugen. drei kuenstler, ein maler, ein keramiker und ein fotograf hatten sich fuer einen versuch zusammengeschlossen. bereits zur biedermeierzeit gab es im nebenhaus alser strasse 25 einen salon, der ungezwungener treffpunkt fuer kuenstler wie zum beispiel nestroy und anzengruber war. von diesem gedanken ausgehend bemuehte sich nun dieses team in etwas modernerer form dem publikum die moeglichkeit zu geben, im intimen rahmen eines ateliers kontakt zum kuenstler und seinen werken zu pflegen. die drei kuenstler sind prof. josef s c h u l z mit bildern, gobelines und gobelinentwuerfen, peter g a n g l mit gefaesskermaik und hans m a y r mit zum teil durch polarisiertes licht entstandenen experimentellen fotografien. seitens der initiatoren dieses experiments traegt man sich mit dem gedanken, diese art der veranstaltungen in periodischer weise fortzusetzen und damit wiens kulturleben neue impulse zu geben.

0910

## gemeinderatskommission fuer altersheime wird gebildet

3 wien, 15.12. (rk) in der gemeinderatssitzung vom 19. november hatten spoe und oevp einen gemeinsamen antrag eingebracht, der sich mit der fuersorgerischen betreuung der wiener altersheiminsassen beschaeftigte. in durchfuehrung dieses antrages haben montag die ausschuesse fuer wohlfahrts- und gesundheitswesen beschlossen, dem gemeinderat die schaffung einer kommission zu empfehlen. diese kommission, die aus je sieben mitgliedern der beiden ausschuesse bestehen wird, soll alle moeglichkeiten pruefen, die geeignet sind, die fuersorgerischen betreuungsbedingungen in den altersheimen zu verbessern.

0907

## - neues landesgesetzblatt

7 wien, 15.12. (rk) das neue ''landesgesetzblatt fuer wien'' enthaelt drei verordnungen im zusammenhang mit der wohnbaufoerderung, und zwar ueber die gewaehrung der wohnbeihilfe, ueber die angemessenen gesamtbauposten und ueber die erhoehung der einkommensgrenzen.

das landesgesetzblatt ist um einen schilling im drucksortenverlag der stadthauptkasse, 1, rathaus, stiege 7, hochparterre, und in der verkaufsstelle der oesterreichischen staatsdruckerei - wiener zeitung, 1, wollzeile 27 a, erhaeltlich.

0911

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

## Planungsdebatte

=====

Wien, 15.12. (RK) GR.Müller (DFP) bedauert das Fehlen eines vorausschauenden städtebaulichen Grundkonzeptes mit einem umfassenden Verkehrs- und Bebauungsplan. Durch diesen Mangel komme es immer wieder zu Fehlplanungen, wie zum Beispiel jetzt beim Ausbau der Edelsinnstraße im Zuge der Tieferlegung der Bahn bei der Altmannsdorfer Straße. Den Anrainern wurde bei seinerzeitigen Anfragen nie eine konkrete Antwort gegeben, wieweit die Planungen für dieses Gebiet gediehen sind. Nun haben sie vielfach größere Investitionen vorgenommen und stehen in einigen Fällen vor einer teilweisen Räumung des Grundes. Ungeklärt ist auch, was mit den Schrebergärten in diesem Gebiet geschehen soll.

Die Ausstellung Karlsplatz habe man zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als bereits mit den Arbeiten begonnen wurde. Bis heute weiß man jedoch nicht, nach welchem Konzept dort gebaut werden soll.

Auch für die Schmelz, von der ein Teil für die Errichtung einer Universitätsturnanstalt verwendet wird, gebe es keinen Gesamtplan. Gerade für dieses Gebiet wäre die Schaffung eines entsprechenden Erholungsraumes notwendig.

Beim seinerzeitigen Bau der Stadthalle hat man auf die Schaffung von ausreichend Parkplätzen vergessen und das bereits 1958 versprochene Stadthallenbad sei erst jetzt in Planung.

Beim Sportstättenkonzept dürfte man sich nicht nur auf die Errichtung von Großanlagen konzentrieren, sondern müßte auch bestehende Sportplätze in den Bezirken ausbauen bzw. Fehlende errichten.

Dem Einfamilienhausbau wird in unserer Stadt zu wenig Augenmerk zugewendet. Die Bereitstellung der nötigen Grundflächen könnte durch ein Raumordnungskonzept erfolgen, das gemeinsam mit Niederösterreich erstellt werden müßte. Notwendig sei auch ein Konzept für die Erhaltung von Altstadtkernen und erhaltenswürdigen Althäusern.

Die Zusammenfassung von Planen und Bauen in einem Ressort habe sich in Wien nicht bewährt, stellte GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) fest: die Planung blieb dabei zurück.

Wien hat nicht nur zu wenig Kontakt mit Niederösterreich, als auch mit den umgebenden Gemeinden. Daher hält sich die Planung an juristische, nicht aber an soziale Grenzen. Beispiel: Es sei nicht möglich gewesen, sich mit den Marchfeldgemeinden über ein gemeinsames Krankenhaus Wien-Ost zu einigen. Daher baut jetzt Gänserndorf ein Spital mit 200 Betten, und im 22. Bezirk werde ebenfalls ein Krankenhaus gebaut.

Die Straßenbahnlinie 360 nach Mödling wurde eingestellt, obwohl diese für mehrere niederösterreichischen Gemeinden wichtige Linie nicht stärker passiv war als viele innerstädtische Linien.

Während das Gebiet jenseits der Wiener Grenzen vielfach als "feindliches Ausland" betrachtet wird, besitzt München in der "Region München" eine territoriale Einheit, der 21 Gemeinden der Umgebung angehören.

Man werde sich auch darüber Gedanken machen müssen, ob die gegenwärtige Wiener Bezirkseinteilung noch sinnvoll ist. Innerhalb des Gürtels werden wehrscheinlich vier bis fünf Bezirke genügen, jenseits der Donau drei Bezirke.

Wenn man annimmt, daß Wien bis zum Jahr 2.000 stagnieren wird, brauche man nicht über die Stadtgrenzen nachdenken. Wenn man jedoch an eine europäische Zukunft unserer Stadt glaubt, muß auch diese Frage geprüft werden. Im Norden und Osten ist noch genügend Platz für eine Stadterweiterung, im Süden sind die Grenzen hingegen zu eng.

Das Gelände des ehemaligen Nordbahnhofes müßte gesichert werden zur Errichtung einer Neben-City, die nach Fertigstellung der Linie U1 ausgezeichnete Verkehrsschlüsse besitzen wird. Aber auch mit den Bundesbahnen hat Wien zu wenig Kontakt. Trotz U-Bahn wird man die Fragen des Massenverkehrs nicht lösen können, ohne die bereits bestehenden Eisenbahntrossen zu nützen. Nicht nur die Vorortelinie müßte schnellbahnmäßig befahren werden, auch nach Stadlau, Schwechat, Klosterneuburg und Tulln müßte der Verkehr intensiviert werden, ebenso auf der West- und Südbahn.

Für eine Erweiterung der Wiener Universität kommen nicht das Gelände des Franz-Josefs-Bahnhofes oder die zukünftige Donau-Insel in Frage, sondern ausschließlich das Areal des derzeitigen Allgemeinen Krankenhauses, das erst in fünfzehn Jahren zur Verfügung stehen wird. Die Verbauung dieses Areals würde auch der Verödung der City entgegenwirken.

Schließlich sollten Stadtrandsiedlungen besser geplant werden: daß sie nicht zu blossen Schlafstädten entarten wie beispielsweise die Wohnhausanlage entlang der Altmannsdorfer Straße mit 1.200 Wohnungen. In der Südstadt gibt es dagegen immerhin großzügige Sportanlagen und im Winter einen Eislaufplatz.

GR. Dr. Macher (ÖVP) beschäftigte sich zunächst mit der Verzahnung der Gruppen Planung und Finanzwesen. Die wirtschaftliche Koordinierung, Zeitpläne, Kosten- Nutzenrechnungen könnten nur in Abstimmung mit dem Finanzreferat (MA 4) durchgeführt werden. Frage: Wer ist wem übergeordnet oder untergeordnet? Eine weitere Abhängigkeit der Planungsgruppe sieht der Redner in einem Erlaß der Magistratsdirektion, der - seiner Meinung nach - auf einen "Protektionismus für Kommunalbetriebe" hinausläuft.

Am Beispiel des novellierten Garagengesetzes deponierte Macher seine Besorgnis, daß rein fiskalisches Denken die wirtschaftspolitische Entwicklung hemmen könnte. Die Novelle habe keine Förderung für den Wiener Wirtschaftsverkehr gebracht.

Hinsichtlich Slaviks "Routinebudget" gehe es weniger um die Beseitigung fixer sozialpolitischer Ansätze, sondern um mehr Beweglichkeit bezüglich notwendiger Koordinierungsaufgaben. Es bleibe abzuwarten, wie sich der Planungsstadtrat "an der langen Leine" Slaviks (Einwurf Ing. Hofmanns: "Wann sie lang ist, ist es eh gut") bewegen werde. Er, Macher, hoffe, daß künftig der Stadtrat auch ohne Slaviks Zustimmung Initiativ-entträge einbringe.

Weiter rügte GR. Macher, daß weder den Ausschußmitgliedern noch dem Gemeinderat und der Bevölkerung rechtzeitig Expertenstudien zur Kenntnis gebracht werden. Er nannte dies eine "Bevormundung freigewählter Mandatäre".

Auch mit dem Planungstempo ist der ÖVI-Redner unzufrieden. Es hinke dem Wirtschaftsablauf nach. Die Folge: Hastige Beschlüsse und ungünstig wirkende Investitionsstöße. Macher: "Mengenkonjunktur ist keine legitime Wirtschaftsförderung."

Der Redner bemängelt dann die oft veralteten Daten, auf denen wirtschaftliche Prognosen basieren. Hier könnte man einige Mitarbeiter des Presse- und Informationsdienstes abziehen und der Magistratsabteilung 22 für die Datenerhebung zuteilen. Nützlicher als die heute im Gemeinderat aufliegende "schöne Arbeit" mit dem Titel "Wien im Spiegel" des PID sei eine Studie über Wirtschaftsstudien.

Schließlich kam Macher auf das Verhältnis Fachwissenschaftler - Politiker zu sprechen: Trotz des wissenschaftlichen Beistands bestehe die echte Aufgabe des Regierungsfunktionärs darin, bestmögliche Alternativen auszuwählen, sie dem Plenum vorzulegen und zu begründen.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) erinnerte daran, daß das Planen ja nicht erst mit der Schaffung einer neuen Geschäftsgruppe begonnen habe. So habe etwa das Institut für Raumplanung in den Jahren 1965 bis 1968 von der Stadt Wien eine Reihe von Aufträgen erhalten.

Die Planung sei ein sehr vielgestaltiges Beginnen, das Sachverhalte aller Art berücksichtigen müsse, nicht zuletzt die Entwicklung der Bevölkerungsstruktur. Gott sei Dank sei das Märchen von der "sterbenden Stadt" nicht mehr aktuell, da von 1955 bis 1968 die Zahl der jährlichen Geburten von 12.900 auf 20.000 gestiegen ist. Gleichzeitig steige allerdings sehr stark der Anteil der älteren Jahrgänge. Im Jahre 1910 war nur einer von 14 Wienern älter als 60 Jahre, im Jahre 1961 war es schon einer von vier Wienern.

Die Rednerin wies auch auf die großen Schwierigkeiten bei der Verkehrsplanung hin: Neben vielen anderen Problemen gelte es, der innerstädtischen Pendelwanderung ab zuhelfen. Zwei Drittel aller Wiener müssen von der Wohnung zum Arbeitsplatz Bezirksgrenzen überqueren. GR. Fiala sprach ihre Überzeugung aus, daß die mit Planungsaufgaben betrauten Stellen der Stadtverwaltung ihre Aufgaben im Sinne eines schöneren Wien lösen werden.

GR. Neusser (ÖVP) begrüßt die Schaffung einer eigenen Geschäftsgruppe für Planung. Bisher hätten die Sozialisten ja keine glückliche Hand bei der Planung gehabt, was sich auch durch den oftmaligen Wechsel des Stadtplaners zeigte. Nach 1945 hätten wir die besten Chancen für eine geeignete Stadtplanung gehabt, leider haben wir sie vertan und vielfach auch den Weg für die Zukunft verbaut. Der seinerzeitige Stadtplaner durfte die zweite Verkehrsebene nicht einmal erwähnen. Das nun beschlossene U-Bahn-Konzept wird einen enormen Einfluß auf die künftige Stadtentwicklung haben. Es ist jedoch zu befürchten, daß bei den derzeitigen Bauten am Karlsplatz die alten Sünden wiederholt werden und städtebaulich nicht wieder Gutzumachendes geschieht. Bei der Karlsplatz-Ausstellung in der Schmidt-Halle wurden leider nicht alle möglichen Varianten gezeigt, und auch die prinzipielle Frage über eine Hoch- oder Tieflage der Straße nicht berührt.

Generalverkehrsplan für Wien: Seine Fraktion fordere ihn bereits seit 1961. Der Bürgermeister habe nun vor einiger Zeit im Rundfunk berichtet, er wäre bereits fertig und beschlossen. Einige Zeit erklärte Stadtrat Heller, er sei fertig, aber nicht beschlossen. Ing. Hofmann teilte nun mit, der Generalverkehrsplan sei in Bearbeitung, während Stadtrat Hintschig vor kurzem erklärte, er müßte eine Veröffentlichung des Generalverkehrsplanes für Wien ablehnen, da dadurch der Grundstückspekulation Tür und Tor geöffnet würde. Was sei also nun wirklich geschehen?

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß man erst nach 25 Jahren auf die Idee kommt, Planungs- und Stadterweiterungsfragen den Bezirksvertretungen vorzulegen, obwohl die Bauordnung vorsieht, alle Anträge über die Festsetzung von Flächenwidmungs- und Bebauungsplanänderungen der Bezirksvertretung zur Stellungnahme zu übermitteln.

Abschließend gibt der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Stadtrat darauf achten möge, daß die Bestimmungen der Bauordnung eingehalten werden.

Die Stadtplanung oblag früher nur den Technikern, stellte GR. Ing. Nedwed (SPÖ) fest, heute sind darüber hinaus auch Nationalökonomien, Soziologen, Statistiker und Biologen befaßt. Während sich Wien schon lange mit Problemen der Raumplanung be-

schäftigt, konnte Niederösterreich erst durch den Druck der Sozialistischen Partei dazu gebracht werden, mit der Bundeshauptstadt auf diesem Gebiet zusammenzu arbeiten.

Bei einer Flächenbilanz für Wien, die in den Jahren 1961 bis 1964 ausgearbeitet wurde, zeigte sich, daß von dem 400 Quadratkilometer großem Stadtgebiet 150 Quadratkilometer verbaut und ebensoviel nicht verbaut ist. Somit bleiben noch 100 Quadratkilometer; damit wird man in den nächsten Jahrzehnten das Auslangen finden.

Eine Umfrage in Wien über die Lebensbedingungen (1967) ergab: 57 Prozent bezeichneten die Bedingungen als sehr gut, 39 Prozent als gut und nur zwei Prozent gaben ein negatives Urteil ab.

Die Frage nach der Reihenfolge der Aufgaben der Stadtverwaltung ergab: Wohnbau (74 Prozent), Verkehrsverbesserung (59 Prozent), Lärmbekämpfung (30 Prozent) und Verbesserung der Luft (27 Prozent).

Alte Stadtteile sollen nicht verfallen. Für den unteren Teil von Fünfhaus genügt es beispielsweise nicht, Detailpläne zu entwickeln, hier ist eine grundsätzliche Erneuerung dieses Gebietes erforderlich.

Die Erneuerungsvorschläge für das Gebiet unterhalb des Westbahnhofes sind die ersten, die ein stark verbautes Gebiet betreffen. Es soll nicht nur Wohnzwecken, sondern auch der Wirtschaft dienen. Erfreulich sei der Gedanke, statt vieler Hochgaragen unterirdische Garagen anzulegen, die oben von Grünflächen bedeckt sind.

Mit Schärfe trat der Debattenredner Plänen des Bundes entgegen, die Erholungsfläche des Auer-Welsbach-Parkes zugunsten von Sportflächen und Parkplätzen zu schmälern. Dieser Park wird in einem Gutachten als wichtiges Grüngelände für den 15. Bezirk und als Schutzgebiet für den Schönbrunner Schloßpark bezeichnet.

Stadtplanung und Flächenwidmung hätten nicht allein nach technokratischen Möglichkeiten zu erfolgen - Stadtplanung sei vielmehr eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die im Mittelpunkt immer den Menschen sehen müsse.

Dipl.-Ing. Dr. Robert Strobl (ÖVP) nahm sich besonders der Stadtvermessung an, deren Aufgaben ständig wachsen. Respektable Leistungen dieser Abteilungen sind die Erstellung eines dichten Festpunktnetzes und die Schaffung einer modernen Stadtkarte. Ein Manko für die Evidenzhaltung dieser Karte sind die nicht ausreichenden Reproduktionsanlagen und fehlendes Personal.

Der Redner stellte auch die wiederholt geforderte Schaffung eines Leitungskatasters als wichtig für künftige Verkehrsaufschließungsarbeiten dar. Bei Grundtransaktionen bemängelte er die schwerfällige Praxis.

Wesentliche Punkte des Planungskonzeptes werden nach Meinung Strobbs sehr zögernd verwirklicht. Er forderte auch ein Konzept für die verstärkte Sanierung der "grauen Rasterviertel" der Altstadtbezirke. Auch die Grünflächenplanung bezeichnete Strobl als mangelhaft. Hingegen wird die Festlegung landwirtschaftlicher Schutzgebiete für die Landesproduktenversorgung der Stadtbevölkerung mit Befriedigung registriert. Freude macht dem ÖVP-Redner die Ankündigung eines Stadtentwicklungsplanes für das Frühjahr 1970. Weniger gefällt ihm, daß 1969 der Fachbeirat der Stadtplanung überhaupt nicht zusammengetreten ist. Schließlich fordert er neuerdings eine enge Planungsgemeinschaft mit Niederösterreich und dem Burgenland. ( . . . )

GR. Hans Mayr (SPÖ) forderte eine Strukturverbesserung der Wiener Wirtschaft. Hinsichtlich des Produktionsfaktors Arbeit sei zu sagen, daß der Arbeitsmarkt ausgeschöpft ist. Und zu den rund 30.000 Gastarbeitern Wiens: Maßnahmen sozialer Art seien hier nötig. Gastarbeiter werden in mancher Hinsicht diskriminiert und so unpopulär diese Forderung auch sei, man müsse überlegen, wie man die Familien dieser Menschen in Wien ansiedeln könne.

Im übrigen: Die Bevölkerungsentwicklung sei positiver als sie auf den ersten Blick erscheine. Man müsse nur statt der Geburtenziffer die Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene auf 1000 gebärfähige Frauen) heranziehen. Die Ziffer ist gesamtösterreichisch 68,3, für Wien 66,7. Das ist für eine großstädtische Bevölkerung vergleichsweise recht gut.

Zum Produktionsfaktor Grund und Boden: Ansiedlung von Betrieben ist dann zu fördern, wenn bei großer Produktivität kleiner Flächenbedarf gefordert wird. Derzeit gibt es 61 Interessenten mit einem Flächenbedarf von 630.000 Quadratmeter. Da in den nächsten Jahren etwa eine Million Quadratmeter Betriebsareal geschaffen werden wird, können alle Wünsche erfüllt werden.

Auch die Umsiedlung von Betrieben wird gefördert, und zwar aus drei Gründen: der Umsiedler kann seine Produktivität auf dem neuen Areal erhöhen, der bisherige Anrainer kann sein Areal ausweiten, und schließlich wird auf diese Weise eine Entmischung von Wohn- und Betriebsgebieten erzielt.

Stadtrat Ing. Hofmann begrüßt es in seinem Schlußwort, daß das Planen heute eine so große Bedeutung bekommen hat. Die Diskussionsbeiträge werden für die Überlegungen der nächsten Arbeit herangezogen werden. Bei der Lösung des Fragenkomplexes Umland Wien sei man leider über theoretische Gespräche noch nicht hinausgekommen. Es soll jedoch alles unternommen werden, um hier vom Theoretischen zur praktischen Tat zu schreiten. Eine Grenzänderung dürfte jedoch Utopie sein.

Universität: Der seinerzeitige Bürgermeister Jones hat das Versprechen abgegeben, daß auf den Gründen des AKH durchaus eine Erweiterung der Universitätseinrichtungen möglich sei, wenn der Bund zu einem Grundtausch bereit wäre. Dieses Versprechen gilt auch heute noch. Man kann es jedoch der Universität und den Studenten nicht zumuten, daß sie noch 15 bis 20 Jahre warten, bis überhaupt etwas geschieht. Es wäre daher ein durchaus gangbarer Weg nach anderen Standorten für Zwischen- und Nebenlösungen zu suchen, für die die Stadtverwaltung jede Unterstützung zugesagt hat.

Das Konzept Rainers habe nach wie vor Gültigkeit, doch muß man auch bei einem Weiterarbeiten nach diesem Konzept neuen

Überlegungen Rechnung tragen. Planen könne nicht von einem Tag Null aus erfolgen, es muß ständig weiter betrieben und allen inzwischen eingetretenen neuen Erkenntnissen Rechnung getragen werden.

Alle, die sich mit Planung beschäftigen, wissen aber auch, daß es in irgendeiner Form dadurch auch zu Eingriffen in die Privatsphäre kommen muß.

Die Planungen, die nach 1945 erfolgt sind, kann man nicht als Fehlplanungen bezeichnen. Sie wurden nach damaligen Prognosen erstellt und fußen auf anderen Überlegungen als sie in manchen Fällen heute gelten.

Die Gemeinderätliche Stadtplanungskommission wird ihre nächste Sitzung Mitte Jänner abhalten. Der Stadtrat versichert, er habe sich bemüht, aus den Planungen keine Geheimwissenschaft zu machen. Eine gewisse Zurückhaltung müsse man sich jedoch dort auferlegen, wo sich bekanntgegebene Planungsabsichten auf die Grundstückspreise auswirken könnten.

Abschließend erklärt der Referent, daß seine Verwaltungsgruppe im kommenden Jahr die Aufgabe zu erfüllen habe, Leitbilder für den Raum, für den Verkehr und die Wirtschaft vorzulegen. (Beifall).

Abstimmung: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

---

## jugendeislauf offiziell eroeffnet

10 wien, 15.12. (rk) zu einem kleinen volksfest gestaltete sich  
montag vormittag die offizielle eroeffnung der sportaktion der stadt  
wien "jugendeislauf" in der donauparkhalle durch vizebuergen-  
meister gertrude sandner.

der jugendeislauf stelle ebenso wie die in kuerze startende  
aktion "fahrt zum schnee" und die sommersportaktionen das  
aktive bemuehen der wiener stadtverwaltung dar, der jugend  
ausserschulische sportmoeglichkeiten zu bieten, sie dem sport  
naeher zu bringen und sie so fuer ihr weiteres leben demsport  
zu erhalten, betonte sandner.

die darbietungen der jungen nachwuchseislaeufer, vor allem  
aber die kuer von trixi schuba und das abschliessende eishockey-  
match wurde von den kuenftigen eiskuenstlern und deren eltern mit  
herzlichem beifall aufgenommen.

1224

## auslaendische besucher bei der budgetdebatte

14 wien, 15.12. (rk) fuenf junge thailaender und ein  
afrikaner aus malawi verfolgten montag vormittag aufmerksam  
die debatte des gemeinderates ueber planungsangelegenheiten.  
die sechs auslaender haben in wien einen zweijaehrigen lehrgang  
als berufsausbildner absolviert. fuer die ausbildung, die anfang  
1970 zu ende geht, war - als funktionaer des oesterreichischen  
instituts fuer entwicklungshilfe - der wiener gemeinderat  
franz g a w l i k verantwortlich. die ausbildung fand  
in den lehrwerkstaetten der organisation "jugend am werk" statt.

1304

## das groesste wiener hochzeitsfest aller zeit

15 wien, 15.12. (rk) das groesste wiener hochzeitsfest aller zeit findet diese woche am donnerstag, dem 18. dezember, um 15 uhr, im festsaal des rathauses statt. mehr als 400 jubelpaare von goldenen hochzeitern bis zu einer juwelenhochzeit, die in diesem vierteljahr ihr fest feierten, sind von buergermeister m a r e k zu dieser veranstaltung eingeladen worden. bisher wurden die hochzeits-jubelpaare sozusagen ''auf raten'' empfangen. zum ersten mal ist dieser aussergewoehnliche rahmen vorgesehen.

geehrte redaktion!

bitte merken sie den termin vor. die veranstaltung wird auch fuer fernsehen, film und fotoreporter sehr interessant sein.  
1313

## neuer leiter der abteilung fuer technische grundangelegenheiten

11 wien, 15.12. (rk) montag vormittag wurde der neue leiter der magistratsabteilung 40 (technische grundangelegenheiten und liegenschaftsbewertung) senatsrat dipl.-ing. friedrich b i s t o l e t t i im amtshaus rathausstrasse 4 von personalstadtrat hans b o c k in sein amt eingefuehrt.

der amtseinfuehrung wohnten magistratsdirektor dr. rudolf e r t l , stadtbaudirektor prof. dr. rudolf k o l l e r und obersenatsrat dr. fritz d e l a b r o bei.

senatsrat bistoletti ist der nachfolger von senatsrat dipl.-ing. rudolf b a r b o r a . stadtrat dkfm. alfred h i n t s c h i g , zu dessen geschaeftsgruppe die magistratsabteilung 40 seit der vom wiener gemeinderat am 13. juni dieses jahres beschlossenen magistratsreform gehoert, begruesste in seiner ansprache die eingliederung des referates sechs der stadtbaudirektion (liegenschaftstransaktionen - technische mitwirkung) in die nun unter bistolettis leitung stehende abteilung.  
1258

nach elf tagen dauereinsatz:  
atempause fuer wiener schneearbeiter

18 wien, 15.12. (rk) war die nachtpartie der magistrats-  
abteilung 48 (stadtreinigung und fuhrpark) in der nacht von  
samstag, den 13. auf sonntag, den 14. dezember noch pausen-  
los mit der schneeraeumung auf uebergaengen und der schnee-  
abfuhr beschaeftigt, so gab es am gestrigen sonntag eine  
kleine atempause. angesichts der ruhigen wetterlage war nur  
halbtägiger dienst von 6 bis 12 uhr angeordnet worden, um  
dem seit 11 tagen ununterbrochen im einsatz stehenden personal  
wenigstens eine bescheidene verschnaufpause zu goennen.

heute montag herrscht bei einer temperatur um 0 grad  
celsius bedecktes, ruhiges wetter. die meteorologen erwarten  
tauwetter.

derzeit stehe 2101 schneearbeiter (davon 713 mann eigenes  
personal und 1388 tagloehner), 43 schneepfluege, 85 streu-  
fahrzeuge, 216 lastkraftwagen fuer schneeabfuhr, 12 sand-  
lademaschinen und 91 schneeladegeraete im einsatz.

1431

preisguenstige gemuese- und obstsorten

20 wien, 15.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit:  
heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und  
obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 bis 5 schilling, karotten 4 bis 5  
schilling, kohlrabi 6 schilling, weisskraut 3 bis 4 schilling  
je kilogramm

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 5 bis 7 schilling,  
bananen 7 bis 8 schilling, orangen 5,50 bis 6 schilling,  
mandarinen 10 schilling je kilogramm.

1441

## Planungsdebatte (Zusammenfassung)

Wien, 15. 12. (RK) Heute Montag wurde die Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat mit dem Referat von Planungsstadtrat Ing. Hofmann über die Verwaltungsgruppe VI (Ausgaben 25,5 Millionen) fortgesetzt. In einer Diskussion, an der sich acht Redner beteiligten, wurden die Ansätze der Gruppe Planung mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Stadtrat Hofmann, der sich als zweifacher Debutant (erstes Budget einer neuen Geschäftsgruppe) vorstellte, umriß die Aufgabenstellung seines Ressorts mit der Raumordnung und der Wirtschaftsentwicklung Wiens in den nächsten Jahrzehnten. 1970 sollen deshalb ein räumliches Leitbild für Wien, ein Verkehrskonzept und die Leitlinien der wirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt werden.

Die derzeitige Wirtschaftssituation: Wien stellt 23 Prozent der Österreicher und 26 Prozent der Beschäftigten, die 30 Prozent des Bruttonationalproduktes erarbeiten. Das Wiener Durchschnittseinkommen liegt 20 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Freilich dürften Strukturschwächen nicht übersehen werden, so das Zurückbleiben des Wirtschaftswachstums, die unterdurchschnittlichen Betriebsgrößen, das Abgeschnittensein von den natürlichen Handelspartnern, die ungünstige Altersstruktur und die fehlenden Arbeitskräftereserven.

Um diese Strukturschwächen auszumerzen, müsse der Regionalverkehr verbessert werden, eine wachstumsorientierte Investitionsförderung betrieben und die dreidimensionale Planung müsse um die Dimensionen Kosten und Zeit ergänzt werden.

Zum Problem der Stadterneuerung: Die Erneuerung der dichtbebauten Kernzone müsse die Attraktivität dieses Gebietes neu beleben. Die völlige Neubearbeitung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne dafür soll bereits 1970/71 abgeschlossen werden, und zwar nach der Einteilung Schutzzonen, Ausbaugebiete, Umbaugebiete und Erneuerungsgebiete.

GR. Müller (DFP) bedauerte in der Debatte das Fehlen eines vorausschauenden städtebaulichen Grundkonzeptes und führte dafür Beispiele an. Bis heute weiß man nicht, nach welchem Konzept auf

dem Karlsplatz gebaut werden soll, für die Schmelz gibt es keinen Gesamtplan, bei der Stadthalle hat man auf Parkplätze vergessen.

GR. Dr. Hirnschell (FPÖ) bedauert, daß die Planung nicht über die Gemeindegrenzen hinausreiche. So war es nicht möglich, sich mit den Marchfeldgemeinden über ein gemeinsames Krankenhaus Wien-Ost zu einigen, so wurde die Straßenbahnlinie 360 aufgelassen. Im Gegensatz dazu gibt es eine "Region München", die eine Planungsgemeinschaft von 21 Gemeinden bildet.

GR. DR. Macher (ÖVP) bedauert die Abhängigkeit der Planung von der Finanzverwaltung. Das rein fiskalische Denken könnte die wirtschaftspolitische Entwicklung hemmen. Das Planungstempo hänge dem Wirtschaftsablauf nach.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) erinnert, daß das Planen nicht erst mit der Scheffung der eigenen Geschäftsgruppe begonnen habe. Sie sei überzeugt, daß die Wiener Stadtplanung ihre Aufgaben im Sinn eines schöneren Wien lösen werde.

GR. Neusser (ÖVP) fragt, wie das mit dem Generalverkehrsplan sei. Der Bürgermeister habe berichtet, er sei fertig und beschlossen, Stadtrat Heller habe gesagt, er sei zwar fertig, aber nicht beschlossen. Stadtrat Hofmann teilt mit, er sei in Bearbeitung, während Stadtrat Hintschig erklärte, eine Veröffentlichung des Generalverkehrsplanes sei abzulehnen, weil der Grundstückspekulation Tür und Tor geöffnet würden.

GR. Nedwetz (SPÖ) zitiert aus einer Umfrage über die Lebensbedingungen in Wien: 57 Prozent bezeichneten die Bedingungen als sehr gut, 39 als gut und nur zwei Prozent waren negativ.

GR. Dr. Strobl (ÖVP) hebt die Leistungen der Stadtvermessung hervor und bedauert, daß der Fachbeirat für Stadtplanung in diesem Jahr überhaupt nicht zusammengetreten ist. Er fordert neuerlich eine Planungsgemeinschaft mit Niederösterreich und dem Burgenland.

GR. Hans Mayr (SPÖ): Die Bevölkerungsentwicklung sei positiver als es auf den ersten Blick scheint. Man müsse statt der Geburtenziffer die Fruchtbarkeitsziffer (Lebendgeborene auf 1.000 gebärfähige Frauen) heranziehen. Diese Ziffer ist gesamtösterreichisch 86,3, für Wien 66,7, das ist für eine Großstadt recht gut. (Schluß).

### Hochbau-Debatte

=====

Wien, 15.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) gab zu, daß auf dem Bausektor viel getan wird, bezweifelt aber, daß genug getan werde. Dann bemängelte er die Qualität der Bauten, die Häßlichkeit der Wohnhäuser, die Einfallslosigkeit der Architekten.

Die Wohnungen sind zu klein, vor allem Jugendliche müssen sich darin beengt vorkommen. Viele Feindschaften unter Nachbarn haben ihre Ursache in der gegenseitigen Lärmbelästigung.

Grünflächen sollten nicht nach geometrischen Grundsätzen durch Wege unterteilt werden, sondern nach den "Gehgewohnheiten" der Bewohner der umliegenden Häuser.

Abschließend bemängelte der Debattenredner die mangelnde Kontrolltätigkeit der Gemeinde im Bauwesen. Durch ein Gerichtsurteil sei der Fall eines Poliers bekannt geworden, der in einem städtischen Objekt ein Stiegenhaus verkantet gebaut hat, trotzdem sei das Gebäude ohne Beanstandung abgenommen worden.

Prof. Dr. Fritz Wolfram (FPÖ) begrüßt die 1,2 Milliarden Schilling für weitere 5.000 Wohnungen, hofft aber, daß dafür auch die baureifen Gründe bereitstehen. Die äußere Gestaltung der Wohnhausbauten findet er eintönig und phantasielos. Er empfiehlt die Lektüre eines Artikels von Professor Rainer - "Warum Wien immer häßlicher wird" - in einer Wochenzeitung. Der Wiener Wohnbau habe weder etwas spezifisch wienerisches noch typisch großstädtisches. Der Montagebau, der sich entgegen früheren Plänen mit einem derzeitigen Anteil von 65 Prozent immer mehr in den Vordergrund geschoben hat, würgt die Individualität weitgehend ab. Von früher angeregten Architektenentwürfen zur Belebung der Montagebaufassaden habe man nichts mehr gehört.

Kritik übte der Redner ferner an der schlechten Schalldämmung bei Montagebauten, an der zu geringen Flexibilität der Raumeinteilung und an der Vergabep Praxis bei Bauaufträgen. Wolfram stellt an Stadtrat Pfoch die Frage, ob es stimmt, daß von den 1,5 Milliarden Schilling der Wohnbauförderung 1968/69 bis jetzt erst für 700 Millionen Schilling Bescheide ausgestellt und erst 450 Millionen Schilling ausbezahlt wurden.

./.

Die Methode der Billigstbieter-Vergabe ist nicht immer ein Gewinn: In der Großfeldsiedlung mußten dadurch Wasserschäden kostspielig repariert werden. Eine mangelnde Koordinierung der Vergabe von Bauaufträgen führe zudem zu nicht mehr kostendeckenden Angeboten und zu den verpönten Firmanabsprachen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. Strobl (ÖVP) lobte die Struktur im Bau der neuen Per Albin-Hansson-Siedlung Ost, hier im besonderen den Umstand, daß im Montagebau neue Elemente der Fassadengestaltung auftauchen. Das sticht wohlwollend gegenüber gewissen Mängeln ab, etwa der "gräßlichen Farbgebung" der Montagebauten in der Ruthnergasse in Floridsdorf. Auch das Pensionistenheim Liebhartstal sei um Klassen besser als das - gar nicht so lang vorher gebaute - Pensionistenheim Föhrenhof.

Als besonderen Nachteil besonders in architektonischen Belangen bezeichnete der Redner das Mitspracherecht der Finanzverwaltung bei Projektsbesprechungen. Die bremsende Wirkung hinsichtlich aller Faktoren, die Mehrkosten verursachen, wirke sich häufig negativ aus. Dies gelte nicht nur für den Wohnbau, sondern vor allem auch für den Schulbau.

GR. Glaser (SPÖ) verweist auf die große und besondere Rolle, die die Bauwirtschaft in der Volkswirtschaft spielt. Von ihrer Wirtschaftslage wird ein großer Teil anderer Wirtschaftssparten direkt oder indirekt Beeinflußt. Der Stagnation der Bauwirtschaft in den letzten Jahren stehen die Bemühungen der Wiener Stadtverwaltung zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung in diesem Wirtschaftszweig gegenüber. Der Wiener Bauaufwand für Bau- und Baunebengewerbe macht 1970 41,2 Prozent der Gesamtausgaben aus. Im laufenden Budgetjahr waren es 38,9 Prozent, 1968 35,8 und 1967 33,7 Prozent der Gesamtausgaben. Der Nachwuchs in den Bauberufen ist in den letzten Jahren rückläufig, was zum Teil auf die Unterbewertung des Berufes, auf Unbilden der Witterung, die große Unfallgefahr und das Fehlen einer gesicherten Beschäftigung zurückzuführen sein dürfte.

Günstig wirkt sich auf dem Bausektor die Einrichtung der Montagebauweise aus, die ein schnelleres Bauen ermöglicht das und auch durch die Wintermonatē kaum beeinträchtigt wird. Am 31. Jänner 1966 waren in der österreichischen Bauwirtschaft

150.921 Arbeitskräfte beschäftigt, davon in Wien 36.375 und hievon 9.413 auf städtischen Baustellen. 1969, am selben Tag, waren von 125.679 österreichischen Bauarbeitern 30.754 in Wien und davon 11.139 auf städtischen Baustellen beschäftigt. Dabei sind jene Arbeitskräfte nicht miteingerechnet, die in Wiener Fertigteilmetrieben beschäftigt sind. Die Klagen der Innung über zu wenig Bauaufträge der Stadtverwaltung seien daher an die falsche Adresse gerichtet.

GR. Pelzelmayer (ÖVP) unterzog das Vergabewesen einer Kritik. Die öffentliche Hand kann sich gegen überhöhte Angebote zur Wehr setzen, indem sie diese nicht akzeptiert. Sie dürfe aber auch Unterangebote nicht annehmen, weil dadurch redliche Firmen geschädigt werden.

Als Beispiel führte er eine Installateurfirma an, deren Angebote 25 Prozent unter den anderen Angeboten lagen. Sie wurde von der Gemeinde als "Preisbrecher" benützt. Das Endergebnis war der Untergang der betreffenden Firma mit einer Verschuldung von angeblich 20 Millionen.

Im Frühjahr 1967 sei der Punkt 4 der Vergaberichtlinien dahingehend abgeändert worden, daß gemeindeeigene oder gemeinde-nahe Firmen bei der Vergabe bevorzugt werden müssen. Diese Praxis sei im Interesse der Wirtschaft abzulehnen.

Bei der Vergabe von 15.000 Laufmeter Betonkunststeinstufen war mit 348.000 Schilling eine niederösterreichische Firma der billigste Bieter, während eine Firma mit Gemeindebeteiligung

mehr als eine Million Schilling verlangte. Die Vergabe erfolgte mit 60 Prozent des Auftrages an die Wiener Firma, der niederösterreichische Betrieb durfte 40 Prozent liefern.

Es habe sich herausgebildet, daß nach dem Anbot Preisnachlässe verlangt werden; das ist ungesetzlich, weil bis zum Zuschlag mit den Anbietern keine Verhandlungen erfolgen dürfen.

Gemeindebetriebe sollten nur dann geführt werden, wenn private Firmen nicht in der Lage sind, entsprechende Leistungen zu erbringen. Früher mögen Gemeindebetriebe als Preisregulatoren Existenzberechtigung gehabt haben, heute Sorge die Konkurrenz für günstige Angebote, weshalb überprüft werden sollte, welche Gemeindebetriebe entbehrlich geworden sind.

GR. Sagmeister (SPÖ) beschäftigte sich mit den Bädern und Fernheizwerken. Angesichts des Arbeitszeitverkürzung-Erfolgs der SPÖ seien ausreichende Erholungsmöglichkeiten immer dringlicher. Der Redner regt den weiteren Bau von Hallenbädern an.

Die Fernheizwerke gewinnen immer mehr an Bedeutung: für die Wasseraufbereitung in den Bädern, für die Heizung und Entlüftung der U-Bahn-Stationen und Tunnels, für die künftigen Großprojekte wie Großgrünmarkt und Fleischmarkt St. Marx, aber auch für Schulklinik- und Wohnneubauten. Das internationale Studentenheim Döbling wird noch diesen Winter erstmals mit Fernwärme beheizt, außerdem erhält es die erste automatische Kochstraße.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) erneuerte die ÖVP-Forderung nach stärkerem Mitspracherecht der Bezirke beim Bäderbau und führte dazu an, daß Vizebürgermeister Sandner nach einer Berlinreise davon äußerst angetan gewesen sei, daß dort die Bezirke maßgeblich hinsichtlich der Bäder mitbestimmen. Nach zustimmender Würdigung des Geschehens am Ottakringer und Schafbergbad sprach Ebert über die "grauslich-heitere Grotteske" des Dinanabades, das geplant und wieder verworfen, projektiert und wieder vergessen, mit einem 50-Meter-Becken ausgestattet und doch nicht ausgestattet worden sei. Heute stünden dort schon die fertigen Bürohäuser, die Gemeinde Wien sei gerade beim Bau der Brunnen für das neue Bad. Unter der Verschleppungstaktik in Sachen Dixabad leiden besonders die Wiener im 1., 2., 3. und 20. Bezirk.

Zur Fernwärme sagte Ebert, seine Partei bekenne sich grundsätzlich zu dieser Energieform. Was die ÖVP an den tatsächlichen Ereignissen auszusetzen habe, sei die katastrophale Vernachlässigung ökonomischer Kriterien. Ebert richtete zu diesem Problem einige Fragen an Stadtrat Pfoch, darunter die nach der Rentabilität in Beziehung zur Länge von Wärmeleitungen, weiters nach den Kosten des Verteilernetzes und nach den tatsächlichen und verbindlichen Kalkulationswerten hinsichtlich des Stadtgases.

Abschließend gab der Redner seiner Verwunderung Ausdruck, daß Stadtrat Nekula in einer Pressekonferenz ein Energiekonzept für Wien angekündigt habe, obwohl Gemeinderat Busta erklärt habe, die Erstellung eines solchen Konzeptes sei unmöglich. ./.

GR. Schreiner (SPÖ) sieht eine Diskrepanz darin, daß Dr. Ebert im Ausschuß die sachliche Zusammenarbeit anerkannt hat, hier nun aber so viele Klagen äußerte.

Die Errichtung eines 50-Meter Schwimmbekens im Schafbergbad sei erfreulich. Sie wäre jedoch keine unbedingte Notwendigkeit gewesen, da dieses Bad ein echtes Erholungs- und Familienbad sei. Als erfreulich bezeichnet der Redner die Ansätze für den Wohnungsbau, die es ermöglichen, 5.000 Gemeindewohnungen zu errichten. Mit den verschiedenen Wohnbauförderungen ~~wurden~~ ~~es~~ insgesamt 12.800 neue Wohnungen sein, die 1970 zu bauen begonnen werden können. Es waren die Sozialisten, die das Recht jedes Menschen auf eine eigene Wohnung nicht nur postuliert sondern auch realisiert haben. Sie wagten das Experiment des sozialen Wohnhausbaues trotz des Spotts der Konservativen. Der Redner gibt einen Rückblick auf die großen Wohnbauleistungen der Ersten Republik. Auch nach 1945 war es eine sozialistische Verwaltung, die bereits 1947 mit den einfachsten Mitteln und unter den größten Schwierigkeiten wieder mit dem sozialen Wohnhausbau begann. Ende Oktober dieses Jahres konnten wir die 100.000. neuerbaute Gemeindewohnung nach 1945 übergeben. Derzeit leben in Wien rund 510.000 Menschen in 170.000 gemeindeeigenen Wohnungen. Zusammengerechnet entspricht das der Bevölkerungszahl von Linz, Salzburg und Graz. Leider konnte trotz dieser gewaltigen Kraftanstrengung bisher nur der quantitative nicht aber der qualitative Wohnungsnotstand überwunden werden. Und darum müssen wir weiterbauen.

Große Fortschritte haben wir auch in der Ausstattung und in der Durchschnittsgröße der Wohnungen gemacht. Der soziale Wohnhausbau wurde in der Ersten Republik mit der bescheidenen Wohnungsgröße von durchschnittlich 38 Quadratmetern begonnen. Heute haben wir eine Durchschnittsgröße von 67 Quadratmetern. Ab 1970 werden praktisch alle Gemeindewohnungen mit einer Zentralheizung ausgestattet. Seine Fraktion sei stolz darauf, die Tradition der Ersten Republik auf dem Sektor des Wohnhausbaues weiterführen und weiter ausbauen zu können.

In seinem Schlußwort kam Stadtrat Pfösch auf das wiederholt zitierte "schwedische Vorbild" zu sprechen und erwähnte, daß Schwedens Ministerpräsident Erlander bei seinem Aufenthalt in Wien den frühen Beginn des Sozialbaues in der österreichischen Bundeshauptstadt hervorgehoben hatte.

Zur Frage der Bodenbeschaffung: Es soll nicht entschädigungslos enteignet werden; hingegen gilt es zu verhindern, daß Einzelne auf Kosten der Gemeinschaft Profite erzielen.

Zur Schalldämmung: 40 bis 45 Prozent der Wohnungen werden im Montagebau errichtet; die Schalldämmung im Montagebau hat eine Wertigkeit, wie sie für Krankenhausbauten gefordert wird. Um störenden Lärm zu vermeiden, verlegt man keine Haupt-, sondern nur Nebenräume zu den Stiegenräumen hin. Die Mauern zu den Nebenwohnungen sind doppelt so stark wie die anderen Mauern, gegen obere und untere Stockwerke isolieren schwimmende Estriche.

Zu den Saalwohnungen: Sie vergrößern das Typenangebot, es ist jedoch nicht immer leicht, Mieter zu finden, die sich die Verbaumöbel leisten können, die in den Saalwohnungen als Raumbtrennungen fungieren.

Zur Sanierung Liechtental: Die als unschön bezeichneten, das Konzept verderbenden Althäuser werden in naher Zukunft abgetragen, die Straße wird verbreitert.

Zur Fernwärme: Es sei eine Auszeichnung, wenn von "Sozialistischer Fernwärme" gesprochen wurde. Die Gemeinde ist bestrebt, Pionierleistungen zu setzen. Um eine Abgrenzung zwischen Elektrizität, Gas und Fernwärme in wirtschaftlicher Hinsicht zu erarbeiten, fanden bereits Besprechungen statt.

Zur Frage des Bäderbaues: Bäder gehören in dicht verbautes Gebiet, weil sie dort am besten der Erholung der Bevölkerung dienen können.

Als Beweis dient die starke Frequenz des Theresien-, des Amalien- und des Floridsdorfer Bades.

Abstimmung: 7. Hauptstück mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Unterbrechung der Sitzung um 16.45 Uhr.

Die Budgetberatungen werden morgen, Dienstag, den 16. Dezember, um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe VIII, Tiefbau, fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Rinderhauptmarkt vom 15. Dezember

=====

27 Wien, 15.12. (RK) Unverkauft vom Vormarkt: 8 Kühe, Summe 8. Neuzufuhren Inland: 47 Ochsen, 184 Stiere, 338 Kühe und 103 Kalbinnen, Summe 672, Gesamtauftrieb: 47 Ochsen, 184 Stiere, 346 Kühe, 103 Kalbinnen, Summe 680, verkauft alles.

Preise: Ochsen 15.50 bis 18, extrem 18.50 bis 18.60 (5), Stiere 14.50 bis 18.70, extrem 0, Kühe 11 bis 15.20, extrem 15.40 (2), Kalbinnen 14.50 bis 18, extrem 0, Beinlvieh Kühe 9 bis 10.50, Ochsen und Kalbinnen 11 bis 14.30.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei Ochsen um 1,38 Schilling, bei Stieren um 26 Groschen, Kühen um 33 Groschen und Kalbinnen 35 Groschen je Kilogramm. Die Durchschnittspreise einschließlich Beinlvieh betragen: Ochsen 16.41, Stiere 17.48, Kühe 13.41, Kalbinnen 16.12, Beinlvieh verbilligte sich bis zu 15 Groschen je Kilogramm.

Hochbaudebatte (Zusammenfassung)  
=====

Wien, 15. 12. (RK) Stadtrat Hubert Pfoch referierte über die Verwaltungsgruppe VII, Hochbau (Ausgaben 1,5 Milliarden Schilling). Die Ansätze dieses Ressorts wurden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. In der Debatte sprachen acht Redner.

Stadtrat Pfoch stellte in seiner Budgetrede fest, daß dem Wohnhausbau nach wie vor Vorrang eingeräumt wird, weil es in Wien immer noch 300.000 Wohnungen gibt, die den heutigen Anforderungen nicht entsprechen. 1970 werden 1,2 Milliarden für den Neubau von 5.000 Wohnungen zur Verfügung stehen.

Die Architekturabteilung ist mit der Vorbereitung eines U-Bahn-Wettbewerbes beschäftigt, durch den verschiedene Prototypen von Stationen entworfen werden sollen.

Im Allgemeinen Krankenhaus baut man derzeit eine dreigeschossige Tiefgarage für 2.350 PKW. Baubeginn des Haupttraktes ist 1971. Mit der Fertigstellung des Rudolfsspitals rechnet man 1974. In Vorbereitung sind das Altersheim Süd mit 1.000 Betten und das Sozialmedizinische Zentrum in der Donaustadt.

Mit der Errichtung des Fleischgroßmarktes St. Marx wurde bereits begonnen. Im Frühjahr 1971 soll der Markt vom Hauptzollamt nach St. Marx verlegt werden. Im Frühjahr kommenden Jahres wird mit dem Neubau des Radstadions begonnen. Das Sportzentrum West wird 150 Millionen kosten.

Die Heizbetriebe Wien beliefern derzeit Spitäler, Schulen, Amtshäuser und andere Bauten mit 500 Giga-Kalorien pro Stunde (1 Gigakalorie kann 160 Wohnungen versorgen). Außerdem werden 22.000 neue Wohnungen zentralbeheizt. Ende 1970 werden 30.000, Ende 1971 39.000 Wohnungen durch Fernwärme versorgt sein.

Die Städtische Bäderverwaltung wird die Bauarbeiten am Dianabad, im Ottakringer Bad, Schafbergbad und Liesinger Bad fortsetzen, mit dem Neubau eines Kinderfreibades in der Donaustadt beginnen und Erneuerungsarbeiten im Jägerbad und Amalienbad durchführen (insgesamt 54,9 Millionen).

GR. Tama (DFP) kritisiert die Häßlichkeit der Wohnhäuser und die Einfallslosigkeit der Architekten. Die Wohnungen sind zu klein. Bedauerlich sei die mangelnde Kontrolltätigkeit im Bauwesen.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) meint ebenfalls, die Gestaltung der Wohnhausbauten sei eintönig und phantasielos. Der Montagebau würgt die Individualität ab. Die Methode der Billigstbieter-Vergabe ist nicht immer die beste.

GR. Dr. Strobl (ÖVP) lobt im Gegensatz zu seinen Vordnern die Struktur im Bau der neuen Per Albin Hansson-Siedlung und die neuen Elemente der Fassadengestaltung im Montagebau. Ein Nachteil in architektonischer Hinsicht sei das Mitspracherecht der Finanzverwaltung, das sich häufig bremsend und negativ auswirkt.

GR. Glaser (SPÖ): Die Bauwirtschaft spielt in der Volkswirtschaft eine besondere Rolle. Der Wiener Bauaufwand beträgt im kommenden Jahr bereits 41 Prozent der Gesamtausgaben.

GR. Pelzelmayer (ÖVP) kritisiert das Vergabewesen. So wurde eine Installateurfirma, deren Angebote 25 Prozent tiefer lagen, als Preisbrecher benützt. Das Endergebnis war der Untergang der betreffenden Firma mit Millionen-Schulden.

GR. Sagmeister (SPÖ) regt den weiteren Bau von Hallenbädern an. Die Fernheizwerke gewinnen immer mehr an Bedeutung.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) kritisiert die Verschleppungstaktik beim Bau des neuen Diansbades. Bei der Fernwärme werden die ökonomischen Kriterien katastrophal vernachlässigt. Verwunderlich sei, daß Stadtrat Nekula ein Energiekonzept angekündigt habe, während Gemeinderat Busta erklärte, ein solches Konzept sei nicht möglich.

GR. Schreiner (SPÖ) verweist auf die großen Wohnbauleistungen der Sozialisten in der Ersten und Zweiten Republik. Trotz allen Anstrengungen gelang es bisher nur, den quantitativen Wohnungsbedarf zu decken. Die Ausstattung der neuen Wohnungen sei allerdings ausgezeichnet. 1970 werden fast alle Neubauwohnungen mit Zentralheizung ausgestattet sein. (Schluß)